

# Krankenhaus-Report 2017

„Zukunft gestalten“

Jürgen Klauber / Max Geraedts /  
Jörg Friedrich / Jürgen Wasem (Hrsg.)

Schattauer (Stuttgart) 2017

Auszug Seite 215-227



|    |   |     |
|----|---|-----|
| 15 | Krankenhauspolitische Chronik .....     | 215 |
|    | <i>Dirk Bürger und Christian Wehner</i> |     |

# 15 Krankenhauspolitische Chronik

Dirk Bürger und Christian Wehner

Der Grundsatz des „Ersten Struckschen Gesetzes“, wonach ein Gesetz niemals den Deutschen Bundestag so verlässt, wie es ihn „betritt“, hat sich natürlich auch beim Krankenhaus-Strukturgesetz (KHSG) durchgesetzt. Der Kabinettsbeschluss vom 10. Juni 2015 beinhaltet noch eine Einnahmensteigerung für die Krankenhäuser von bis zu 4,3 Mrd. Euro. Im Laufe von knapp fünf Monaten parlamentarischer Beratungen im Deutschen Bundestag hat sich dieser Einnahmewachstum auf über 10 Mrd. Euro mehr als verdoppelt. Neben den finanziellen Zuwendungen für die Krankenhäuser kommen allerdings auf die Akteure in der Selbstverwaltung auf der Bundesebene vielfältige Konkretisierungsaufgaben zu.

So sollen der GKV-Spitzenverband (GKV-SV), der Verband der Privaten Krankenversicherungen (PKV) und die DKG einerseits sowie der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) andererseits zahlreiche Umsetzungsvorgaben entwickeln. Allerdings haben GKV-SV, PKV und DKG gleich bei den ersten Arbeitsaufträgen – wie z. B. bei den Zentrumszuschlägen (31. März 2016), der Absenkung von Bewertungsrelationen (31. Mai 2016) oder einem Sachkostenkonzept (30. Juni 2016) – die Zeitvorgaben nicht einhalten können. Erfolgreich war man jedoch bei der Umsetzung der Vereinbarung zur besseren Repräsentativität der Kalkulationsstichprobe. Und ob es im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) termingerechter ablaufen wird, wenn dort z. B. Qualitätsindikatoren für die Krankenhausplanung oder die Kriterien für den Sicherstellungszuschlag bis zum 31. Dezember 2016 beschlossen werden sollen, ist noch völlig offen. Mit Spannung wird zu beobachten sein, ob die Ansage des Hauptgeschäftsführers der DKG, Herr Georg Baum, „(...) nach der Reform ist vor dem Gemeinsamen Bundesausschuss“ entsprechende Auswirkungen auf die Umsetzungsqualität im G-BA haben wird. Nachdenklich stimmen in diesem Zusammenhang seine Äußerungen beim „Petersberger Forum“, wonach im G-BA „(...) die Reform auf Kurs gebracht wird, um sie an die Realitäten im Gesundheitswesen anzupassen“ – was dies auch immer bedeuten mag. Ausreichende Qualitätssicherung und -weiterentwicklung im Sinne des KHSG ist sicherlich nicht in der Annahme von Herrn Baum zu finden, wonach die „(...) Patienten davon ausgehen können, dass ein Krankenhaus, das zugelassen ist, a priori eine gewisse Qualität liefert.“ Die vom Hauptgeschäftsführer der DKG angenommene A-priori-Kompetenz auf Seiten der Krankenhäuser sah die anwesende nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens skeptisch und erwiderte daher auch sofort: „(...) wenn die Ärzte in den Kliniken die alleinige Entscheidung hätten für das, was sie tun, würden wir die Qualitäts-Diskussion nicht führen».

Neben dem KHSG stehen oder standen natürlich auch wieder diverse weitere gesundheitspolitische Themen auf der Agenda des Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe und der Gesundheitspolitiker im Deutschen Bundestag. So z. B. das „Pauschalierende Entgeltssystem für Psychiatrie und Psychosomatik“ (PEPP). Mit der Vorstellung der „Eckpunkte“ am 18. Februar 2016 wurde deutlich, dass die schwarz-rote Koalition die ursprüngliche Version eines PEPP aufgegeben hatte.

Denn die kurzfristige „Neuaustrichtung“ des Psychiatrie-Vergütungssystems – auf das sich schon 150 der rund 240 Fachkliniken eingestellt hatten und das im kommenden Jahr eigentlich starten sollte – war der Startschuss für eine Wende aus voller Fahrt. Aus Sicht der GKV ist diese „Kehrtwende“ jedoch kritisch zu hinterfragen, da sie grundsätzlich dazu führen kann, dass weniger Effizienz und Transparenz, dafür aber mehr Selbstkostendeckung entstehen werden. Im Gegensatz dazu ist die Entscheidung für ein „Hometreatment“ zu begrüßen, weil dies ein guter Schritt in Richtung einer sektorenübergreifenden Patientenversorgung und bedarfsgerechten Anpassung stationärer Bettenkapazitäten sein kann.

Ob das Pflegeberufereformgesetz (PflBRefG), mit dem Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) und Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe „den Zukunftsberuf Pflege jetzt noch attraktiver machen“ möchten, die gleiche „Sprengkraft“ für die schwarz-rote Koalition entwickelt wie die an das Transplantationsregistergesetz (TxRegG) angefügten Änderungsanträge zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA), ist zwar noch unscharf, aber das Grollen am Horizont ist sehr deutlich wahrnehmbar. Erstaunlich war in diesem Zusammenhang das äußerst kritische Hinterfragen der Gesetzeswirkungen durch eine große Gruppe christdemokratischer Abgeordneter während der diesbezüglichen Öffentlichen Anhörung zum PflBRefG im Gesundheitsausschuss am 30. Mai 2016. Aber auch andere Berufe im Gesundheitswesen sollen noch reformiert werden: die Psychotherapeutenausbildung, die Approbationsordnung für Zahnärzte und der Masterplan Medizinstudium 2020. An für die Große Koalition kritischen Themenfeldern wird es auch in Zukunft sicherlich nicht mangeln. Und bei der Umsetzung des „Pharmadialogs der Bundesregierung“ durch das Parlament zeigen sich auch schon weitergehende Differenzen zwischen dem Bundesgesundheitsminister und Teilen der schwarz-roten Gesundheitspolitiker. Denn die Abgeordneten haben, was auch eine Premiere ist, zeitgleich zur Vorstellung des Berichts der Bundesregierung ihr „Grundlagenpapier zu den Ergebnissen des Pharmadialogs“ vorgelegt. Ob und wie der Gesetzentwurf „zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV“ im Parlament umgesetzt werden wird, bleibt also spannend. Insgesamt stehen den Gesundheitspolitikern nur noch wenige Monate zur Verfügung, um die selbst gesetzten Vorgaben umzusetzen. Denn die kommende Bundestagswahl zeichnet sich immer deutlicher am Kalenderhorizont ab und wird dafür sorgen, dass die bisher wahrnehmbare gesundheitspolitische Harmonie nun noch öfter gestört werden wird. Schließlich muss man sich ja den Wählern als die bessere Alternative präsentieren und dies gelingt nur, wenn der beruhigende Konsens beendet ist.

| Termin         | Leitbegriff      | Vorgang   | Legende  |
|----------------|------------------|---|--|
| 17. Juni 2016  | Qualität         | Erste Uniklinik erhält das Palliativsiegel  | Als erste Universitätsklinik erhält das Universitätsklinikum Knappschaftskrankenhaus Bochum das „Deutsche Palliativsiegel“, mit dem die Versorgungsqualität von Sterbenden und Schwerstkranken durch die „Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen“ (KTQ) als vorbildlich bewertet wird.   |
| 17. Juni 2016  | Politik          | Länder fordern bessere Finanzierung der Unikliniken   | Die Landesregierungen von Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein fordern von der Bundesregierung in einem Entschließungsantrag, dass sie die Regelungen des GKV Versorgungsstrukturgesetzes (VSG) und des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSVG) zeitnah nachbessert, um die finanzielle Lage der Hochschulkliniken und Maximalversorger schneller zu verbessern. Der Antrag wurde an die Fachausschüsse des Bundesrates überwiesen. |
| 16. Juni 2016  | Selbstverwaltung | Indikatoren für Qualitätsbericht der Krankenhäuser festgelegt   | Der G-BA hat die Qualitätsindikatoren festgelegt, die von den Krankenhäusern im Qualitätsbericht 2015 veröffentlicht werden müssen. Im Vergleich zu 2014 kommen 30 neue Indikatoren hinzu, wie z. B. zu Kaiserschnittgeburten, die kathetergestützte Untersuchung und Behandlung von Herzkranzgefäßen; 76 entfallen.   |
| 9. Juni 2016   | Wissenschaft     | Weniger Kliniken mit Verlust, aber weiterhin zu wenig Investitionsmittel  | Laut Krankenhaus Rating Report ist die Zahl von Krankenhäusern mit Gewinn von 66,3 auf 77 % angestiegen. Auch die Insolvenzgefahr ist rückläufig (10,8 statt 12,4 %). Dennoch verfügen die meisten Häuser nicht über ausreichende Mittel, um ihre Investitionsfähigkeit zu verbessern.   |
| 31. Mai 2016   | Politik          | Bundeskartellamt will 500 Krankenhäuser hinsichtlich Marktsituation und finanzielle Lage befragen   | Das Bundeskartellamt will im Rahmen einer sogenannten Sektoruntersuchung die deutsche Krankenhausbranche überprüfen. Hintergrund seien auch Zusammenschlüsse zu regionalen Klinikverbänden und das Auftreten von bundesweit aktiven Krankenhausbetreibern.   |
| 19. Mai 2016   | Politik          | Referentenentwurf für ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) | Mit dem Referentenentwurf sollen die Rahmenbedingungen für die Anwendung eines pauschalierenden Entgeltsystems für die Leistungen psychiatrischer und psychosomatischer Einrichtungen weiterentwickelt werden. An dem Ziel der Leistungsorientierung der Vergütung und der verbesserten Transparenz über das Leistungsgeschehen in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen soll festgehalten werden.   |
| 11. Mai 2016   | Qualität         | 15 Krankenhäuser haben für 2013 keinen ordnungsgemäßen Qualitätsbericht geliefert   | Die Krankenhäuser sind gesetzlich verpflichtet, jährlich einen Qualitätsbericht zu veröffentlichen. Der G-BA aktualisiert jährlich die Übersicht über berichtspflichtige Krankenhäuser (Positivliste). Darüber hinaus veröffentlicht er auch eine Liste über diejenigen, die ihren Qualitätsbericht nicht ordnungsgemäß abgeliefert haben.   |
| 19. April 2016 | Rechtsprechung   | Rechnungskürzung wegen unzureichender Weiterbildung des Pflegepersonals zulässig  | Krankenkassen dürfen nach Entscheidung des BSG – Az.: B 1 KR 28/15 R – die Krankenhausrechnung dann kürzen, wenn die Stationsleitung der Intensivstation die „Voraussetzungen der Qualitätssicherungs-Richtlinie zum Bauchortenaneurysma“ nicht voll erfüllt.  |

| Termin         | Leitbegriff      | Vorgang   | Legende  |
|----------------|------------------|---|--|
| 16. April 2016 | Selbstverwaltung | Vereinbarung zu Investitionspauschalen – Länder entscheiden aber über Anwendung                 | Die Selbstverwaltung hat sich auf einen Katalog für Investitionspauschalen für 2016 geeinigt. Für die Bundesländer besteht nun wieder die Chance, jedem Fall eine Investitionsbewertungsrelation zuzuordnen, um den damit verbundenen Investitionsbedarf eines Krankenhauses zu finanzieren. Bisher wendet jedoch nur das Land Berlin die Investitionsbewertungsrelationen an.   |
| 13. April 2016 | Politik          | Öffentliche Anhörung zur Krankenhausfinanzierung  | Bei der Öffentlichen Anhörung des von der Fraktion „DIE LINKE“ eingebrachten Antrags zur Krankenhausfinanzierung (18/6326) beklagten die Experten vor allem ausbleibende Investitionen der zuständigen Länder in die Häuser sowie fehlendes Pflegepersonal. Darüber hinaus warnten auch mehrere Experten nachdrücklich vor einer Rückkehr zum Prinzip der Selbstkostendeckung. Dies würde zu Intransparenz und unkalkulierbaren Kosten führen.   |
| 8. April 2016  | Selbstverwaltung | Innovationsfonds: Startschuss für Antragsverfahren auf Fördermittel                             | Der Innovationsausschuss beim G-BA veröffentlicht die Grundlagen zur Förderung. Gefördert werden u. a. Projekte für neue Versorgungsmodelle, wie z. B. in strukturschwachen und ländlichen Gebieten  |
| 7. April 2016  | Wissenschaft     | Klinikmanager: Pflegepersonal genießt Priorität   | Um eine Qualitätsverbesserung zu erreichen, hat für 84 von 100 befragten Klinikmanagern die Aufstockung des Pflegepersonals die größte Bedeutung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die die Personalberatungsagentur Rochus-Mummert durchgeführt hat.  |
| 5. April 2016  | Wissenschaft     | „Patientenwohl als ethischer Maßstab für das Krankenhaus“ Stellungnahme des Deutschen Ethikrats | Trotz vielfältiger Verbesserungsvorschläge beurteilt der Deutsche Ethikrat die aktuelle Gesundheitspolitik der Bundesregierung in seiner Stellungnahme als gut. Gerade das KHSG nähme das Wohl des Patienten wieder verstärkt in den Blick und orientiere sich bei der Ressourcenzuweisung an diesem Maßstab.  |
| 29. März 2016  | Rechtsprechung   | BGH bestätigt Zuschuss für Kliniken   | Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe entscheidet (Az.: I ZR 263/14), dass die Kommunen ihre Krankenhäuser bezuschussen dürfen. Voraussetzungen seien eine Aufnahme in die Bedarfsplanung sowie vorab transparente Berechnungsregeln. Damit wird eine Klage des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken (BDPK) gegen den Landkreis Calw im Grundsatz abgewiesen. Sie richtete sich gegen einen Beschluss des Kreistags vom Dezember 2013, bis 2016 das Defizit der Kreiskliniken Calw GmbH mit zwei Kliniken in Calw und Nagold auszugleichen. |
| 23. März 2016  | Politik          | Kabinett beschließt Gesetzentwurf zum Transplantationsregistergesetz (TxRegG)                   | Das Bundeskabinett hat heute den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Transplantationsregisters beschlossen. Mit dem Transplantationsregister werden erstmals Daten von verstorbenen Organspendern, Organempfängern und Lebendspendern bundesweit zentral zusammengefasst und miteinander verknüpft.  |
| 17. März 2016  | Politik          | Entlassmanagement: Klinikärzte dürfen jetzt AU-Bescheinigung ausstellen                         | Die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) zum Entlassmanagement von Krankenhäusern treten infolge des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes in Kraft. Klinikärzte können ihren Patienten für einen Zeitraum von bis zu sieben Tagen nach dem stationären Aufenthalt häusliche Krankenpflege, Heil-, Hilfsmittel und Soziotherapie verordnen sowie die Arbeitsfähigkeit bescheinigen. Zudem ist im Krankenhaus eine Verordnung von Arzneimitteln möglich.  |

| Termin           | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende  |
|------------------|------------------|--|--|
| 7. März 2016     | Politik          | BMG veröffentlicht vorläufige Finanzergebnisse der GKV 2015                  | Das Bundesgesundheitsministerium hat die KV-45-Zahlen des 4. Quartals 2015 veröffentlicht. Die Ausgaben für Krankenhausbehandlung stiegen 2015 je Versicherten um 3,1 %. Insgesamt erhielten die Krankenhäuser hierdurch im vergangenen Jahr allein von den gesetzlichen Krankenkassen um rund 2,5 Milliarden Euro höhere Finanzmittel als 2014.   |
| 29. Februar 2016 | Selbstverwaltung | Extremkostenbericht des InEK veröffentlicht                                  | Die Fallpauschalen bilden die Kosten der Krankenhäuser immer genauer ab. Dadurch sinkt die Belastung der Kliniken durch extreme Kostenausreißer. Das geht aus dem aktuellen Extremkostenbericht des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hervor. Demnach sank die Belastung der Krankenhäuser durch Kostenausreißer im Saldo von 30,7 Millionen Euro auf 5,3 Millionen Euro im Jahr 2014.   |
| 29. Februar 2016 | Wissenschaft     | Krankenhaus-Report 2016 mit Schwerpunkt Ambulante Versorgung veröffentlicht  | Deutsche Krankenhäuser behandeln immer häufiger Patienten ambulant. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind rund 20 verschiedene Versorgungsformen entstanden: von Hochschul- und Notfallambulanzen über ambulantes Operieren im Krankenhaus bis hin zur ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung.   |
| 18. Februar 2016 | Politik          | Weiterentwicklung des PEPP-Systems   | Das Entgeltsystem in der Psychiatrie wird an entscheidenden Stellen umgebaut und weiterentwickelt. Darauf haben sich die Gesundheitspolitiker der Großen Koalition geeinigt. Diese Einigung stellt somit das Ergebnis des im Jahre 2014 initiierten strukturierten Dialoges der Bundesregierung zum Entgeltsystem in der Psychiatrie dar. Die Neuausrichtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für das neue Psych-Entgeltsystem erfolgt im Jahr 2016. Es wird angestrebt, dass alle Psych-Einrichtungen das neue Entgeltsystem ab dem Jahr 2017 unter budgetneutralen Bedingungen verbindlich anwenden. |
| 17. Februar 2016 | Politik          | Anhörung im Gesundheitsausschuss zu Kinderkliniken                           | Viele Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen kämpfen mit Personalmangel und einer latenten Unterfinanzierung. Das erklärten Gesundheitsexperten im Gesundheitsausschuss des Bundestages und machten zugleich deutlich, dass die medizinische Versorgung von Kindern sehr aufwändig ist und sich von der für Erwachsene stark unterscheidet.   |
| 16. Februar 2016 | Selbstverwaltung | Prüfverfahrenvereinbarung (PrüfvV) – Einleitung des Unterschriftenverfahrens | Nach der Kündigung der Vereinbarung über das Nähere zum Prüfverfahren nach § 275 Abs. 1c SGB V (Prüfverfahrenvereinbarung – PrüfvV) gemäß § 17c Abs. 2 KHG durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft per 30.06.2015 erfolgte die Neuverhandlung. Die Verhandlungen konnten sowohl für die PrüfvV als auch für die zugehörige DTA-Vereinbarung abgeschlossen werden. Beide Vereinbarungen treten zum 01.01.2017 in Kraft.  |
| 27. Januar 2016  | Selbstverwaltung | InEK veröffentlicht Prüfergebnisse für das NUB-Verfahren 2016                | Das InEK hat die Prüfergebnisse der Anfragen für neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (NUB) gemäß § 6 Abs. 2 KHEntgG für das Jahr 2016 veröffentlicht. Nach Angaben des InEK sind insgesamt 30 080 Anfragen eingegangen. Diese entsprechen 710 inhaltlich verschiedenen Methoden/Leistungen. Davon wurden 139 mit Status 1 gekennzeichnet.  |

| Termin            | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende   |
|-------------------|------------------|--|---|
| 25. Januar 2016   | Selbstverwaltung | AOP-Katalog tritt in Kraft   | Der Katalog ambulant durchführbarer Operationen und sonstiger stationärer Eingriffe im Krankenhaus (AOP-Katalog) sowie das Meldeformular für das ambulante Operieren am Krankenhaus für das Jahr 2016 liegen vor.   |
| 21. Januar 2016   | Selbstverwaltung | Qualitätssicherung: Erstes sektorenübergreifendes QS-Verfahren für den Bereich Psychiatrie und Psychosomatik | Das AQUA-Institut hat den Abschlussbericht für ein Verfahren zur Qualitätssicherung (QS) bei der Versorgung Volljähriger mit Schizophrenie, schizotypen und wahnhaften Störungen vorgelegt. Das Institut ermittelte insgesamt 27 Indikatoren, die die sektorenübergreifende Qualität der Behandlung im Hinblick auf Strukturen, Prozesse und Ergebnisse messbar machen sollen.  |
| 13. Januar 2016   | Politik          | Stand der Weiterentwicklung PEPP-System  | Die Bundesregierung hat eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Weiterentwicklung des PEPP-Systems beantwortet. Es wird dabei auf den Strukturierten Dialog der Bundesregierung verwiesen, dessen Ergebnissen man nicht vorgreifen wolle. Die nächste Sitzung in diesem Kontext soll noch im ersten Quartal 2016 stattfinden   |
| 8. Januar 2016    | Politik          | SPD-Fraktion: Positionspapier zum Pauschalieren Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)        | Die SPD-Fraktion hat anlässlich ihrer Fraktionsklausur ein Positionspapier „PEPP muss endgültig weg: Für eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen!“ beschlossen. Darin lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ein solches System strikt ab und fordert stattdessen ein Vergütungssystem, das individuellen Anforderungen gerecht wird und den tatsächlichen Behandlungsaufwand honoriert.                       |
| 22. Dezember 2015 | Selbstverwaltung | DSO-Budget für 2016 vereinbart   | Die Verhandlungen zu den Budgets der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) und der Stiftung Eurotransplant für das Jahr 2016 sind abgeschlossen.  |
| 18. Dezember 2015 | Politik          | Referentenentwurf zum Transplantationsregistergesetz   | Das Bundesgesundheitsministerium hat einen Referentenentwurf zum Aufbau und Betrieb eines zentralen Transplantationsregisters vorgelegt. Das Register soll die Daten aller transplantationsmedizinischen Einrichtungen zusammenführen. Die Informationen stehen dann für Zwecke der Qualitätssicherung, zur Verbesserung der Richtlinien für die Organzuteilung und für die Forschung zur Verfügung.                        |
| 17. Dezember 2015 | Politik          | „Liebe-Freunde-Brief“ von Minister Gröhe zum Jahreswechsel   | Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat zum Jahreswechsel in einem „Liebe-Freunde-Brief“ an seine Koalitionskollegen Bilanz der gesundheitspolitischen Gesetzgebung im Jahr 2015 gezogen und die Gesetze im Überblick dargestellt. Die Finanzwirkungen hält er insgesamt für gerechtfertigt, da einer Steigerung um 0,2 Prozentpunkte „deutlich bessere Leistungen und die Teilhabe an Spitzenmedizin gegenüberstehen“. |
| 17. Dezember 2015 | Selbstverwaltung | Sektorenübergreifend geltende Qualitätsmanagement-Richtlinie   | Der G-BA hat die Erstfassung einer sektorenübergreifend geltenden Qualitätsmanagement-Richtlinie (QM-RL) beschlossen. Die QM-RL regelt die grundsätzlichen Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement in Praxen und Kliniken. Die drei bestehenden Qualitätsmanagement-Richtlinien für den vertragsärztlichen, vertragszahnärztlichen und stationären Bereich werden von der neuen QM-RL abgelöst.       |

| Termin            | Leitbegriff             | Vorgang  | Legende  |
|-------------------|-------------------------|--|--|
| 17. Dezember 2015 | <b>Selbstverwaltung</b> | Regelungen zum Entlassmanagement beschlossen   | Krankenhäuser dürfen bei Entlassung nun für einen Zeitraum von bis zu sieben Tagen häusliche Krankenpflege, Heilmittel, Hilfsmittel, Sozialtherapie und Arzneimittel verordnen. Darüber hinaus kann für diesen Zeitraum auch eine Arbeitsunfähigkeit ausgestellt werden. Damit hat der G-BA die Vorgaben des GKV-VSG fristgerecht umgesetzt.   |
| 16. Dezember 2015 | <b>Rechtsprechung</b>   | Eingliederung in klinischen Alltag und Erhalt eines festen Stundenlohns führt regelmäßig zu abhängiger Beschäftigung | Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat entschieden (Az. L 2 R 516/14), dass „Honorarärzte“, die entsprechend ihrer ärztlichen Ausbildung in den klinischen Alltag eingegliedert sind und einen festen Stundenlohn erhalten, regelmäßig abhängig beschäftigt und damit versicherungspflichtig sind. In dem entschiedenen Fall hatte eine Klinik in Niedersachsen mit einer Gynäkologin für einen Monat einen „Honorararztvertrag“ geschlossen. Darin war ein Stundenlohn von 60 Euro vereinbart.        |
| 15. Dezember 2015 | <b>Wissenschaft</b>     | Stimmung hellt sich auf: mehr als zwei Drittel aller Krankenhäuser mit mindestens ausgeglichener Jahresergebnis      | Wie aus dem „Krankenhaus Barometer 2015“ des Deutschen Krankenhausinstituts hervorgeht, hat sich die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser nachhaltig verbessert: Nur noch rund ein Drittel schreiben rote Zahlen. Laut der repräsentativen Stichprobe erzielten 56 % der Krankenhäuser einen Überschuss und 12,5 % ein ausgeglichenes Jahresergebnis.  |
| 11. Dezember 2015 | <b>Politik</b>          | Referentenentwurf Transplantationsregister   | Mit dem Referentenentwurf eines Transplantationsregistergesetzes sollen die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb eines bundesweiten Transplantationsregisters geschaffen werden. Die Fachanhörung durch das BMG ist am 28. Januar 2016 geplant.  |
| 8. Dezember 2015  | <b>Politik</b>          | Hospiz- und Palliativgesetz tritt in Kraft   | Schwer kranke und sterbende Menschen sollen in Deutschland besser versorgt werden. Das ist das Ziel des „Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland“. Die neuen Regelungen sollen dazu beitragen, die palliativmedizinische und -pflegerische Versorgung flächendeckend, insbesondere im ländlichen Raum, sicherzustellen sowie in Krankenhäusern und Pflegeheimen die „Hospizkultur“ zu stärken.  |
| 1. Dezember 2015  | <b>Selbstverwaltung</b> | Mehr Transparenz bei der Versorgung Frühgeborener  | Die deutschen Perinatalzentren bieten umfangreiche und allgemeinverständliche Informationen zu ihrer Behandlungsqualität. Interessierte Personen, werdende Eltern und einweisende Ärzte finden die entsprechenden Daten auf der Webseite <a href="http://www.perinatalzentren.org">www.perinatalzentren.org</a> . Seit dem 1. Dezember 2015 müssen alle zugelassenen Einrichtungen zur Versorgung Frühgeborener mit sehr niedrigem Geburtsgewicht ihre Ergebnisse dort veröffentlichen.                          |
| 30. November 2015 | <b>Politik</b>          | Petition zur Personalbemessung fürs Krankenhaus im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gescheitert          | Der Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag lehnt die Forderung nach einem Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus ab. Die Eingabe von Sylvia Bühler, die auch Verdi-Vorstandsmitglied ist, hatte insgesamt rund 180 000 Unterstützer gefunden. Geregelt werden sollte mit dieser Petition, dass per Gesetz „der reale Personalbedarf ermittelt wird sowie, dass die benötigten Stellen in allen Bereichen des Krankenhauses geschaffen und zweckgebunden außerhalb der Fallpauschalen finanziert werden“. |

| Termin            | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende   |
|-------------------|------------------|--|---|
| 28. November 2015 | Selbstverwaltung | Ausschreibung der Psych-Begleitforschung im EU-Amtsblatt   | Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus GmbH (InEK) hat die Begleitforschung für das pauschalierende Entgeltsystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen gem. § 17d Abs. 8 KHG für die Datenjahre 2011–2018 EU-weit ausgeschrieben.   |
| 27. November 2015 | Selbstverwaltung | Systemzuschlag 2016 festgesetzt  | Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die Höhe des Systemzuschlages für das Jahr 2016 festgesetzt. Für den stationären Sektor wurde der Zuschlag auf 1,63 Euro je voll- und teilstationären Fall (2015: 1,36 Euro) festgelegt.  |
| 27. November 2015 | Wissenschaft     | Chefärzte verdienen durchschnittlich 279 000 Euro  | Aus dem Kienbaum-Vergütungsreport „Ärzte, Führungskräfte und Spezialisten in Krankenhäusern 2015“ geht hervor, dass Chefärzte in deutschen Krankenhäusern deutlich mehr verdienen als Geschäftsführer: So erhält ein Chefarzt Jahresgesamtbezüge in Höhe von durchschnittlich 279 000 Euro und damit fast 100 000 Euro mehr als ein Geschäftsführer mit 185 000 Euro. Der Report basiert auf Daten von rund 1 300 Mitarbeitern aus 60 Krankenhäusern.   |
| 27. November 2015 | Politik          | Bundesrat billigt Krankenhausstrukturgesetz  | Während der Aussprache zum zustimmungsfreien KHSG macht die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) deutlich, dass bei der Finanzierung der Kliniken weiterer Reformbedarf besteht. Eine Lösung könnte eine „Teilmonistik“ sein, um die GKV an der Finanzierung der Investitionen zu beteiligen.  |
| 18. November 2015 | Politik          | Die Bundesregierung sieht im Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit und Qualität ein wichtiges Instrument zur Weiterentwicklung der Versorgung im Krankenhaus. | Mit der Antwort (BT-Drs. 18/6736) auf die Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zu „Wirkungen des Wettbewerbs in Krankenhäusern“ macht die Bundesregierung deutlich, dass eine hohe Effizienz keineswegs automatisch zu Qualitätseinbußen führt. In vielen Bereichen sei das Gegenteil der Fall. So stelle etwa die verkürzte Verweildauer durch minimalinvasive Operationsverfahren eine erhebliche Effizienzsteigerung dar. Gleichzeitig werde die Qualität durch geringere Risiken und einen schnelleren Heilungsprozess gesteigert. Auch Wirtschaftsforscher kämen zu dem Ergebnis, dass Qualität, Patientenzufriedenheit und Wirtschaftlichkeit miteinander in Verbindung stünden. |
| 17. November 2015 | Wissenschaft     | 416 574 Operationen am Herzen im Jahr 2014 durchgeführt  | Laut Destatis wurden im Jahr 2014 am häufigsten Herzschrittmacher und Defibrillatoren (131 968 chirurgische Eingriffe) implantiert. An zweiter und dritter Stelle lagen Operationen, in denen ein Herzschrittmacher und Defibrillator entfernt, korrigiert oder ausgewechselt (62 756 Eingriffe) oder ein Bypass angelegt (79 428 Eingriffe) wurde.   |
| 17. November 2015 | Rechtsprechung   | Krankenkassen müssen vollstationäre Radiojodtherapie bezahlen  | Die Krankenkasse hat, so das BSG in seinem Urteil (B 1 KR 18/15 R), die Kosten in Höhe von 2 836,39 Euro für eine aus medizinischen Gründen erforderliche vollstationäre Radiojodtherapie zu übernehmen.  |
| 10. November 2015 | Wissenschaft     | Investitionsnotstand in deutschen Krankenhäusern   | Die Studie des Deutschen Krankenhausinstituts und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO zeigt auf, dass nur noch rund ein Viertel aller Kliniken dazu in der Lage ist, notwendige Modernisierungsinvestitionen zu tätigen. Als wesentliche Ursache wird dargelegt, dass die Bundesländer ihrer Verpflichtung, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen, immer weniger nachkommen.   |

| Termin           | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende   |
|------------------|------------------|--|---|
| 5. November 2015 | Wissenschaft     | Arbeitsverdichtung, Personalmangel und Bürokratie belasten die Ärzte   | Die Befragung des Marburger Bundes von bundesweit 3 895 angestellten Ärztinnen und Ärzten aus allen Krankenhausträgergruppen macht deutlich, dass sich 59 % der Klinikärzte durch ihre Tätigkeit „häufig psychisch belastet“ fühlen. Hinzu kommt, dass mehr als zwei Drittel darüber klagen, nicht ausreichend Zeit für die Patientenbehandlung zu haben.   |
| 5. November 2015 | Politik          | Bundestag beschließt Krankenhausreformpaket von rd. 10 Mrd. Euro bis 2020                                    | Mit der abschließenden 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag sind die parlamentarischen Beratungen abgeschlossen. Durch die 40 Änderungsanträge, die tags zuvor im Gesundheitsausschuss beschlossen wurden, wird u. a. der Versorgungszuschlag i. H. v. 500 Mio. Euro in einen Pflegestellenzuschlag umgewandelt.   |
| 3. November 2015 | Wissenschaft     | Krankenhausaussgaben stiegen 2014 um 4,1 % auf 81,2 Mrd. Euro  | Die Ausgaben für die stationäre Krankenhausversorgung stiegen von 78,0 Mrd. Euro im Jahr 2013 um 4,1 % auf 81,2 Mrd. Euro im Jahr 2014. Nach den Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) stiegen die Fallkosten auf durchschnittlich 4 239 Euro (+ 2,1 % im Vergleich zu 2013) an.   |
| 28. Oktober 2015 | Rechtsprechung   | Krankenhaus haftet für zu spät erkannte Hirnhautentzündung   | Das Oberlandesgericht Oldenburg (Az.: 5 U 156/13) hat entschieden, dass ein Kind wegen einer zu spät erkannten Hirnhautentzündung Schadensersatzansprüche gegen das behandelnde Krankenhaus geltend machen kann. Über die Höhe des Schmerzensgeldes und der Schadensersatzansprüche hat das Landgericht Aurich zu befinden.   |
| 27. Oktober 2015 | Wissenschaft     | 3,7 Mio. Krankenhaufälle könnten vermieden werden  | Ein Einsparpotenzial von rd. 7,2 Mrd. Euro identifiziert die Münchner Gesundheitsökonomin Prof. Dr. Leonie Sundmacher mit ihrer Studie, wenn durch eine „optimal koordinierte Versorgung“ bis zu 3,7 Millionen Krankenhaufälle bundesweit vermieden würden. Im Auftrag des Zentralinstituts für die Kassenärztliche Versorgung (Zi) hat Sundmacher einen Katalog von 22 Krankheiten entwickelt, bei denen ein großes Potenzial zur ambulanten Behandlung besteht. |
| 23. Oktober 2015 | Rechtsprechung   | Unterlassen einer Kontrolle der Lage der Speiseröhre bei der Operation stellt Behandlungsfehler dar          | Muss ein Patient aufgrund einer behandlungsfehlerhaften Verletzung seiner Speiseröhre mehrere Monate mittels einer Magensonde ernährt werden und wird er dauerhaft durch Schluckbeschwerden beeinträchtigt, kann dies ein Schmerzensgeld in Höhe von 20 000 Euro rechtfertigen. Dies geht aus einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm (Az.: 26 U 182/13) hervor.   |
| 16. Oktober 2015 | Selbstverwaltung | Uniklinikum Heidelberg bestätigt bei 34 Patienten Fehler in der Dokumentation zur Transplantationsrichtlinie | Das Universitätsklinikum Heidelberg bestätigt den Bericht der Prüfungskommission der Bundesärztekammer, wonach in den Jahren 2010 und 2011 Meldungen von Patienten zur Herztransplantation nicht in vollem Umfang den Richtlinien der Bundesärztekammer entsprachen. Seit September 2011 gibt es keine Auffälligkeiten mehr.  |
| 15. Oktober 2015 | Selbstverwaltung | Konstituierung des Innovationsausschusses beim G-BA  | Aufgabe des mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz eingeführten Innovationsausschusses ist es, ab 2016 aus den Mitteln des Innovationsfonds neue Versorgungsformen und Versorgungsforschungsprojekte zu fördern, die über die bisherige Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung hinausgehen.   |

| Termin             | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende  |
|--------------------|------------------|--|--|
| 12. Oktober 2015   | Selbstverwaltung | Bundesbasisfallwert 2016 in Höhe von 3 311,98 Euro vereinbart                        | Unter Berücksichtigung der geplanten gesetzlichen Änderungen durch das KHSG liegt die obere Korridorgrenze (+ 2,5 %) bei 3 394,77 Euro und die untere Korridorgrenze (– 1,02 %) bei 3 278,19 Euro.   |
| 2. Oktober 2015    | Politik          | Bund-Länder-AG verständigt sich auf zusätzliche 3,6 Mrd. Euro für Krankenhäuser      | Bei dem finalen Treffen der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform verständigen sich Bund, Länder und Koalitionsfraktionen darauf, bis 2020 rd. 3,6 Mrd. Euro mehr an die Krankenhäuser fließen zu lassen. So sollen u. a. durch den Pflegezuschlag i. H. v. 500 Mio. Euro/Jahr mehr Pflegepersonal beschäftigt werden und steigende Lohnkosten mit bis zu 125 Mio. Euro/Jahr ausgeglichen werden.   |
| 2. Oktober 2015    | Selbstverwaltung | AQUA-Institut veröffentlicht Konzept zum Entlassungsmanagement                       | Das AQUA-Institut veröffentlicht sein Konzept zur Qualitätssicherung des Entlassungsmanagements, zu dessen Erstellung es vom G-BA beauftragt worden war. Die Schwerpunkte des Konzepts liegen unter anderem auf den Fragen, ob mit den Patienten über die nächsten Schritte nach der Entlassung gesprochen wurde und wie die Kommunikation dazu erfolgte. Ein weiterer wesentlicher Bereich ist die Kommunikation mit den nachsorgenden Leistungserbringern, insbesondere mit Hausärzten und Pflegenden.   |
| 1. Oktober 2015    | Selbstverwaltung | Entgeltkataloge „DRG“ und „PEPP“   | Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) veröffentlicht für die Bereiche DRG und PEPP die Entgeltkataloge sowie die dazugehörigen Abrechnungsbestimmungen für 2016.  |
| 1. Oktober 2015    | Politik          | Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ berufen                           | Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe setzt die Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ ein. Die Experten aus Praxis, Wissenschaft, Selbstverwaltung und Politik sollen sich mit der Frage einer sachgerechten Berücksichtigung des Pflegebedarfs im Vergütungssystem der Krankenhäuser befassen.   |
| 1. Oktober 2015    | Selbstverwaltung | 7. Qualitätssicherungskonferenz des G-BA – Vorstellung des „Qualitätsreports 2014“   | In diesem Jahr wurde der Qualitätsreport letztmals vom Göttinger AQUA-Institut erstellt. Mit diesem werden Informationen über die medizinische und pflegerische Behandlungsqualität in deutschen Krankenhäusern veröffentlicht. Bei 15,6 % der Qualitätsindikatoren konnte eine Verbesserung, bei 79,3 % keine Veränderung und bei 3,4 % eine Verschlechterung festgestellt werden. Dr. Regina Klakow-Franck, Unparteiisches Mitglied des G-BA, bewertet dieses Ergebnis so, „dass die stationäre Versorgung in Deutschland im internationalen Vergleich ein flächendeckend hohes Qualitätsniveau erreicht.“ |
| 30. September 2015 | Wissenschaft     | Statistisches Bundesamt veröffentlicht Orientierungswert 2015 in Höhe von 1,57 %     | Der Orientierungswert 2015 für Krankenhäuser beträgt laut Statistischem Bundesamt 1,57 %. Der Wert gibt die durchschnittliche jährliche prozentuale Veränderung der Krankenhauskosten wieder, die ausschließlich aus Preis- oder Verdienänderungen resultiert.   |
| 28. September 2015 | Wissenschaft     | Destatis: 38 % der vollstationären Krankenhauspatienten wurden im Jahr 2014 operiert | Bei 38 % (7,0 Millionen) der 18,5 Millionen stationär im Krankenhaus behandelten Patientinnen und Patienten wurde im Jahr 2014 eine Operation durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil nicht verändert.   |

| Termin             | Leitbegriff    | Vorgang   | Legende   |
|--------------------|----------------|---|---|
| 23. September 2016 | Politik        | Bundesweiter Protesttag der Krankenhäuser gegen die Krankenhausreform   | Zum Protest gegen das geplante Krankenhaus-Strukturgesetz (KHSG) haben die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und ihre Unterstützer am 23. September Tausende auf die Straße gebracht. Allein zur zentralen Kundgebung in Berlin kamen nach Polizeiangaben rund 7 000 Menschen.   |
| 16. September 2016 | Rechtsprechung | BVerwG: Ausnahme vom Mehrleistungsabschlag nur bei Billigung der zusätzlichen Krankenhauskapazitäten durch die Krankenhausplanung | Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet (BVerwG 3 C 9.14), dass Mehrleistungen eines Krankenhauses, die auf zusätzlichen Kapazitäten beruhen, nur dann vom Mehrleistungsabschlag nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) befreit sind, wenn die kapazitätserweiternde Maßnahme durch die zuständige Krankenhausplanungsbehörde des Landes gebilligt worden ist.   |
| 14. September 2015 | Wissenschaft   | Destatis: mehr Krankenhausentbindungen bei gleicher Kaiserschnitttrate  | Die Zahl der Krankenhausentbindungen in Deutschland ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 % auf 692 096 gestiegen. Der Anteil der Frauen, die per Kaiserschnitt entbunden haben, blieb nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) gegenüber 2013 unverändert bei 31,8 %.   |
| 10. September 2015 | Politik        | Koalitionsfraktionen: mehr Geld für Personal im Krankenhaus   | Die Koalitionsfraktionen verständigen sich auf Regelungen zur besseren Finanzierung der Personalkosten in den Krankenhäusern. Dazu werden insbesondere die finanziellen Mittel (500 Mio. Euro) aus dem bisherigen Versorgungszuschlag in einen Zuschlag zu den Kosten für nicht-ärztliches medizinisches Pflegepersonal der Krankenhäuser überführt (Pflegezuschlag). |
| 9. September 2015  | Politik        | Budgetbasiertes Entgeltsystem statt PEPP  | 16 wissenschaftliche Fachgesellschaften und Verbände – etwa die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde – wollen das Pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) verhindern und haben ein Konzept für ein budgetbasiertes Entgeltsystem vorgelegt.   |
| 7. September 2015  | Politik        | Anhörung im Gesundheitsausschuss zum KHSG   | Zahlreiche Ständesvertreter und Experten der Gesundheitsbranche stehen zu vielen Fragen der Klinikreform vor dem Gesundheitsausschuss des Bundestages Rede und Antwort.   |
| 7. September 2015  | Politik        | Neue gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  | Maria Michalk wird in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 96 % der gültigen Stimmen zur gesundheitspolitischen Sprecherin gewählt. Obmann der AG Gesundheit wird Michael Hennrich.   |
| 4. September 2015  | Politik        | BMG veröffentlicht GKV-Finanzergebnisse des 1. Halbjahres 2015  | Die Ausgaben für Krankenhausbehandlung stiegen im 1. Halbjahr 2015 je Versicherten um 3,3 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2014. Insgesamt erhielten die Krankenhäuser hierdurch allein von den gesetzlichen Krankenkassen in den Monaten Januar bis Juni um rund 1,4 Milliarden Euro höhere Finanzmittel als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.                         |

| Termin            | Leitbegriff  | Vorgang   | Legende  |
|-------------------|--------------|---|--|
| 3. September 2015 | Politik      | BMG veröffentlicht Grundlohnrate in Höhe von 2,95 %   | Das Bundesgesundheitsministerium hat die Grundlohnrate, also die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen für das Jahr 2016, veröffentlicht. Sie liegt im gesamten Bundesgebiet bei + 2,95 %. Zusammen mit dem sogenannten Orientierungswert bildet die Veränderungsrate die Grundlage für das Preisniveau der Krankenhausleistungen.  |
| 2. September 2015 | Politik      | Start der DKG-Kampagne gegen die Krankenhausreform  | Die DKG beginnt die „heiße Phase“ für Aktionen gegen die geplante Krankenhausreform. In den Kliniken werden bundesweit 40 000 Plakate ausgehängt, mit denen Patienten, Besucher sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Tenor „Die Politik lässt uns im Stich“ über die Unzulänglichkeiten der Krankenhausreform informiert werden. Höhepunkt soll ein Krankenhausaktionstag am 23. September 2015 sein, an dem gleichzeitig vor dem Brandenburger Tor und den zahlreichen Krankenhäusern in ganz Deutschland Kundgebungen stattfinden. |
| 1. September 2015 | Politik      | Bündnis legt Alternative zu PEPP vor: Auf Fallpauschalen in Psychiatrie und Psychosomatik verzichten  | Ein breites Bündnis stellt sich gegen das PEPP-System. Unter anderem das Netzwerk Attac, die Gewerkschaft Ver.di, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, der Dachverband Gemeindepsychiatrie und die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie wenden sich gegen PEPP, das „Ausdruck einer inakzeptablen Ökonomisierung des Umgangs mit hilfebedürftigen Menschen“ sei. In einem Zehnpunkte-Forderungskatalog legen sie Vorschläge für ein alternatives Versorgungs- und Entgeltsystem vor.        |
| 26. August 2016   | Politik      | Gegenäußerung der Bundesregierung zum KHSG  | Das Bundeskabinett beschließt die Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrats zum KHSG. Darin erteilt die Bundesregierung einige Prüfzusagen, wie zum Beispiel die Reduzierung des Fixkostendegressionsabschlags auf drei Jahre. Diese wird sie allerdings sämtlich hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen in einen Gesamtzusammenhang stellen.   |
| 24. August 2015   | Wissenschaft | Roland Berger veröffentlicht die Studie „Qualitätsorientierte Vergütung im Krankenhaussektor: Die richtigen Anreize schaffen – Qualitätsdefizite in der stationären Versorgung beheben“ | Eine neue Studie von Roland Berger Strategy Consultants gibt Empfehlungen, wie sich die Krankenhausfinanzierung künftig stärker an der Behandlungsqualität orientieren soll. Danach könnte das Verfahren Qualitätssicherung mit Routinedaten (QSR) des Wissenschaftlichen Instituts der AOK als Grundlage für eine qualitätsorientierte Vergütung dienen.  |

| Termin          | Leitbegriff      | Vorgang  | Legende   |
|-----------------|------------------|--|---|
| 13. August 2015 | Wissenschaft     | Statistisches Bundesamt veröffentlicht Zahlen zur Krankenhausstatistik           | Im Jahr 2014 wurden 19,1 Millionen Patientinnen und Patienten stationär im Krankenhaus behandelt, das waren 1,9 % Behandlungsfälle mehr als im Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilt, dauerte der Aufenthalt im Krankenhaus durchschnittlich 7,4 Tage (2013: 7,5 Tage). In 1 980 Krankenhäusern Deutschlands (2013: 1 996) standen für die stationäre Behandlung der Patientinnen und Patienten wie im Vorjahr insgesamt 500 700 Betten zur Verfügung. Die Bettenauslastung lag mit 77,4 % um 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau.  |
| 25. Juli 2015   | Selbstverwaltung | Richtlinie des G-BA zu minimalinvasiven Herzklappeninterventionen tritt in Kraft | Nach G-BA-Beschluss gelten für minimalinvasive Herzklappeninterventionen künftig Mindeststandards. Krankenhäuser, die kathetergestützte Aortenklappenimplantationen (TAVI) oder das Clipverfahren an der Mitralklappe durchführen wollen, müssen künftig Anforderungen erfüllen. Ziel ist es, das Komplikationsrisiko zu senken und die Behandlung im Fall von Komplikationen zu verbessern.  |
| 20. Juli 2015   | Politik          | BMG veröffentlicht Argumentationspapier zum KHS                                  | Das BMG legt zum KHS ein Argumentationspapier vor, in dem zu den Themen Ziele und Notwendigkeit, Investitionsfinanzierung und Planung, Finanzierung von Betriebskosten, Neuausrichtung der Mengensteuerung, Probleme der Notfallambulanz, Universitätsklinik sowie Pflegepersonal Stellung genommen wird. Außerdem wird eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen der Abschaffung des Versorgungszuschlags und des Mehrleistungsabschlags vorgelegt.   |
| 10. Juli 2015   | Politik          | Bundesrat berät Gesetzgebungsverfahren   | Der Bundesrat beschließt seine umfangreiche Stellungnahme zum Entwurf des KHS. Die Länder vertreten die Auffassung, dass das Gesetz – anders als bisher vorgesehen – der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Grund sei eine bei der Ausführung zu erwartende Belastung der Länderhaushalte – insbesondere bei der Beteiligung der Länder am geplanten Strukturfonds. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, die Laufzeit des Fonds auf fünf Jahre (2016–2020) zu begrenzen. Zudem regt er an, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zusätzliche finanzielle Entlastungen der Krankenhäuser zu prüfen. Darüber hinaus beschließt der Bundesrat seine Stellungnahme zum Entwurf des E-Health-Gesetzes und billigt im 2. Durchgang das GKV-VSG und das Präventionsgesetz. |
| 3. Juli 2015    | Politik          | Erste Lesung des Bundestages zum E-Health-Gesetz                                 | Der Deutsche Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Entwurf eines „Gesetzes für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ (E-Health-Gesetz) befasst. Das Gesetz soll die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen vorantreiben. Ziel ist es, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung zu verbessern.  |
| 2. Juli 2015    | Politik          | Erste Lesung des Bundestages zum KHS   | Der Deutsche Bundestag hat das Krankenhausstrukturgesetz (KHS) in erster Lesung beraten. Mit dem geplanten Gesetz soll in Zukunft die Qualität bei der Planung und Vergütung der Krankenhäuser eine größere Rolle spielen.  |